

**rowohlt**  
**BERLIN**



Herfried Münkler

# Welt in Aufruhr

Die Ordnung der Mächte im 21. Jahrhundert

Rowohlt · Berlin

Originalausgabe

Veröffentlicht im Rowohlt · Berlin Verlag, November 2023

Copyright © 2023 by Rowohlt · Berlin Verlag GmbH, Berlin

Satz Guyot Text Pro bei Pinkuin Satz und Datentechnik, Berlin

Druck und Bindung CPI books GmbH, Leck

ISBN 978-3-7371-0160-8

«Wer in der Zukunft lesen will,  
muss in der Vergangenheit blättern.»

ANDRÉ MALRAUX

«Der Vorzug der neuen Richtung ist,  
dass wir nicht dogmatisch die Welt antizipieren,  
sondern erst aus der Kritik der alten Welt die neue  
finden wollen.»

KARL MARX



# Inhalt

## **Einleitung: Vom Wandel der Weltordnung 11**

### **KAPITEL 1**

#### **Das jüngste Ringen um die politische Ordnung Europas – und der Welt 29**

Das Ende des Kalten Krieges: Deutschland und Europa rüsten ab **31** – Friedensordnung I: das Vegetius-Modell **42** – Friedensordnung II: das Dante-Modell **48** – Friedensordnung III: das Comte-Spencer-Modell **57** – Die europäische Integration als konkretisiertes Modell **62** – Wie lässt sich Russland in die europäische Friedensordnung einbinden? **65** – Die Herausforderung einer jeden Friedensordnung durch revisionistische Mächte **72** – Drei Strategien im Umgang mit revisionistischen Mächten **76** – Die strategischen Defizite der deutschen und europäischen Russlandpolitik **84** – Eine alternative Erklärung für den russischen Angriff auf die Ukraine **88**

### **KAPITEL 2**

#### **Geopolitik und Weltordnung 95**

Eine kleine Typologie der Großreichsbildung **97** – Raumrevolutionen und ihre Bedeutung für die Vorstellung von «Welt» **105** – Die «heliotrope» Abfolge der Imperien mit einigen bedeutenden Ausnahmen **110** – «Westen» und «Osten» als geopolitische Orientierungsbegriffe **116** – Die Geostrategie der kontrollierten Gegenküste **120** – Imperiale Staffelübergabe und das Ende der europäischen Kolonialreiche **126** – Geopolitik und Wertebindung **129** – Geopolitische Mittellage: Deutschland als Beispiel **143**

### **KAPITEL 3**

#### **Module der Weltordnung 163**

Wie umfassend ist die «Welt» der Ordnung? 165 – Russische Geopolitik in der Nachfolge von Carl Schmitts Großraumtheorie 172 – Polarität und Polarisierung 178 – Die Schlüsselfrage einer jeden unipolaren Ordnung: Wer ist der «Herr» und «Hüter»? 184 – Multipolare Ordnung und «Anarchie der Staatenwelt» 190 – Ein Beispiel für Multipolarität: die europäischen Pentarchien 196 – Die notorische Schwäche der Vereinten Nationen 207 – Die Abhängigkeit der Weltordnung von den inneren Verhältnissen großer und kleiner Mächte 209 – Die Ordnung des Binären 220 – Symmetrie 226 – Souveränität 230 – Das Gleichgewicht der großen Mächte 236

### **KAPITEL 4**

#### **Erzählungen und Bilder der Weltordnung 245**

Narrative und Symbole 247 – Das ukrainische Narrativ 252 – Das russische Narrativ 255 – Das US-amerikanische Narrativ 267 – Das chinesische Narrativ 277 – Die kritische Dimension der imperialen Narrative 282 – Mythische Tiere und apokalyptische Szenarien 283 – Leviathan und Behemoth bedrohen die Weltordnung 285 – Die Apokalypse des Johannes: das Narrativ vom Untergang der falschen Ordnung 287 – Wer sind Behemoth und Leviathan? Eine unendliche Debatte über die Weltordnung 295 – Ein antikapitalistischer Blick auf Seemacht und Welthandel 305 – Land und Meer: Carl Schmitt und die Ortung der Ordnung 315

### **KAPITEL 5**

#### **Analytiker des großen Umbruchs: Thukydides, Machiavelli, Clausewitz 333**

Drei Politiktheoretiker im Vergleich 335 – Thukydides' palimpsestförmige Kriegsanalysen 345 – Der «letzte und wahre Grund» des Krieges 359 – Machiavellis Dilemma 367 – Der weite Blick:



Machiavelli auf Gesandtschaftsreisen **370** – Lageanalyse und Antizipationen der politischen Entwicklung **374** – Die Revolution des Kriegswesens in der Clausewitzschen Analyse **384** – Clausewitz' Theorie des «absoluten» und des «wirklichen» Krieges **391**

## **KAPITEL 6**

### **Die Weltordnung der großen Fünf 401**

Warum fünf? Und nicht drei oder sieben? **403** – Einflusszonen und konkurrierende Wertesysteme **418** – Was heißt unter diesen Umständen «zweite Reihe»? **430** – Überlappungszonen und Bruchlinien der Weltordnung **437** – Die Rückwirkungen der entstehenden Weltordnung auf den Innenraum der fünf großen Mächte **447**

Anmerkungen **457**

Literatur **505**

Dank **526**



## EINLEITUNG:

# Vom Wandel der Weltordnung

Die letzten Jahrzehnte sind von tiefgreifenden und folgenreichen Veränderungen der weltpolitischen Konstellationen geprägt, nachdem die Weltordnung zuvor für mehr als vierzig Jahre in Beton gegossen zu sein schien – jedenfalls, wenn man, wie die Deutschen, vor allem die Bipolarität von Ost und West mitsamt ihrer gesellschafts- und wertepolitischen Unterfütterung vor Augen hatte. Sieht man jedoch etwas genauer hin und weitet das Blickfeld auf den globalen Süden, so hat es auch in der Zeit zwischen dem Zweiten Weltkrieg und dem Zerfall des Sowjetimperiums eine Reihe disruptiver Entwicklungen gegeben, wie etwa das Ende der europäischen Kolonialreiche. Von diesen waren zwar bereits während des Weltkriegs einige ins Wanken gekommen, aber die überwiegende Mehrheit der politischen Akteure ging bei Kriegsende davon aus, dass sie weiterhin eine weltpolitisch bedeutende Rolle spielen würden.

Als Winston Churchill 1946 in Zürich seine berühmte Rede mit der Forderung nach einer Vereinigung (West-)Europas hielt, dachte er mitnichten daran, dass Großbritannien ein Bestandteil dieses geeinten Europa sein werde, sondern sah im Britischen Weltreich einen eigenständigen Akteur der weltpolitischen Szene, die wesentlich von drei großen Mächten bespielt würde: den USA, der Sowjetunion und eben dem *British Empire*. Das vereinte Europa, wie Churchill es forderte, sollte als sicherheitspolitisches Glacis gegenüber der Sowjetunion dienen. Dass es das Empire schon bald nicht mehr geben würde, war für ihn unvorstellbar. Indem die Züricher

Rede später in die Vorgeschichte des Europaprojekts gerückt und mitunter als dessen Startschuss bezeichnet wurde, ist der tiefe Bruch, den die weltpolitische Entwicklung gegenüber Churchills damaligem Weltordnungsentwurf darstellte, kurzerhand wegezählt worden. Aus dem Bruch wurde eine geglättete Fortschritts-erzählung, als deren Visionär Churchill figurierte.

Man muss sich dieses Beispiel vor Augen führen, wenn man verstehen will, warum die jüngsten Veränderungen als «Weltunordnung» bezeichnet werden. Es ist die Wahrnehmung vor allem derer, in deren Vorstellung die *Weltordnung* auf dem Ost-West-Gegensatz beruhte und in deren Aufmerksamkeitsfokus es jenseits dessen weltpolitisch kaum anderes gab. Tatsächlich war die bipolare Ordnung des globalen Nordens der große Bremser von Veränderungen, und sie gab eine Struktur der globalen Konstellationen vor, die auch den Süden des Globus erfasste; gegen deren Dominanz kam die Bewegung der «Blockfreien» nicht an. Der für diese Epoche häufig verwendete Begriff der «Eiszeit» hatte eine vielfältige Bedeutung: Nicht nur die Beziehungen zwischen beiden Seiten waren frostig bis eisig, sondern auch die auf Veränderung abzielenden Kräfte wurden im Osten eingefroren, um zu verhindern, dass sie sich politisch bemerkbar machen konnten. Auf jedes «Tauwetter» folgte darum entsprechend den Imperativen der bipolaren Ordnung eine neue «Eiszeit». Je stärker sich die Kräfte der Veränderung bemerkbar gemacht hatten, desto frostiger wurde im Ostblock anschließend das politische Klima. Bis zu den Reformen Gorbatschows war das eine quasi gesetzmäßige politische Thermik.

Das hat sich mit dem Ende des Ost-West-Konflikts grundlegend verändert. Die Sowjetunion, der konservative – oder präziser noch: der konservierende – Pol der Weltordnung, zerfiel, wobei auch im Rückblick frappiert, wie unspektakulär sich das Ende dieses vormals zentralen Akteurs der Weltpolitik vollzog. Mit einem Mal war er nicht mehr da, was vielen im Westen zum Anlass wurde, sich am Beginn einer Ära der Sorglosigkeit zu wähen. Dem Untergang des

von Lenin geschaffenen Reichs stand am Ende des 20. Jahrhunderts der rasante Aufstieg Chinas gegenüber, der sich zunächst relativ unauffällig vollzog und im Westen vielfach von der Erwartung begleitet wurde, mit der Einführung kapitalistisch-marktwirtschaftlicher Elemente im Reich der Mitte werde auch die Einparteiherrschaft der Kommunisten verschwinden und eine demokratisch-rechtsstaatliche Ordnung an ihre Stelle treten. Die Welt, so die Vorstellung, war nicht länger geteilt, weder machtpolitisch noch ideologisch, sondern wuchs zusammen, und die bis dahin durch den Ost-West-Gegensatz paralyisierten Vereinten Nationen, so die Erwartung, würden bei der Bewältigung der Menschheitsaufgaben eine zentrale Rolle spielen.

Dieser bis vor kurzem noch dominante «Erwartungshorizont» (Koselleck) ist der zweite Grund, warum uns die gegenwärtigen Konstellationen als *Weltumordnung* erscheinen. Der Erwartungshorizont ist inzwischen nämlich schon wieder verschwunden, und man sollte nicht davon ausgehen, dass er in absehbarer Zeit noch einmal auftauchen wird. Stattdessen ist China zum neuen Gegenpol der USA geworden, und die Vorstellung, es werde nach dem Ende der Bipolarität zur globalen Durchsetzung des westlichen Politik- wie Wirtschaftsmodells kommen, hat sich in nichts aufgelöst. Ob diese Vorstellung je realistisch war oder ob es sich bei ihr von Anfang an um eine große Selbsttäuschung handelte, mag hier dahingestellt bleiben. Über mehr als zwei Jahrzehnte hinweg hat jedenfalls die Vorstellung dominiert, es könne eine nicht von Konfrontation, sondern von Kooperation getragene Weltordnung entstehen, in der zwischenstaatliche Kriege zum historischen Auslaufmodell geworden seien.

Für eine begrenzte Zeit war viel von dem «unipolaren Moment» die Rede, das den USA zugefallen sei und das der «einzig verbliebenen Supermacht» die Chance eröffne, zum «Hüter» einer globalen Ordnung zu werden, einer Ordnung, die nicht wesentlich durch Feindschaften und Gegensätze, durch Konfrontation und den sie begleitenden Zwang zur Parteinahme gekennzeichnet sei, sondern

in der die bis dahin im politischen Bereich bloß rhetorische Formel von der Menschheit und ihren Herausforderungen politische Gestalt annehmen werde. Doch auch daraus ist nichts geworden: Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001, einem weiteren disruptiven Ereignis, haben die USA sich dazu verlocken lassen, die allgemein prognostizierte Entwicklung zur Durchsetzung von Demokratie und marktwirtschaftlich organisiertem Kapitalismus in der arabisch-muslimischen Welt notfalls auch mit Gewalt durchsetzen zu wollen, um deren seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu konstatierende Selbstblockade aufzulösen – und sind damit auf ganzer Linie gescheitert. Sie haben sich nicht nur in der arabisch-muslimischen Welt militärisch verzettelt, sondern auch global an politischer Reputation verloren. Reputation aber ist eine der wichtigsten Währungen internationaler Politik. Was der amerikanische Politikwissenschaftler Joseph Nye als «soft power» bezeichnet hat, beruht wesentlich auf Reputation. Im Vergleich zu «hard power» ist sie sehr viel kostengünstiger und stellt damit die Voraussetzung für globale Einflussnahme ohne die Gefahr einer materiellen Überforderung der jeweiligen Vormacht dar. Indem die USA ihre Reputation verspielten, wurde es für sie immer aufwendiger, den «unipolaren Moment» zu nutzen, bis es unbezahlbar war.

Bereits unter US-Präsident Obama wurde das Projekt der unipolaren Weltordnung beerdigt, und dem folgte das Eingeständnis, dass die USA nicht länger zu einer gleichzeitigen und gleichgewichtigen Machtprojektion in den atlantischen und den pazifischen Raum hinein in der Lage seien. Dieses Eingeständnis ist zwar von seiner weltpolitischen Bedeutung her nicht mit dem Zerfall der Sowjetunion gleichzusetzen, aber es steht doch für die erodierte Macht des anderen Pols der ehemals bipolaren Ordnung. Zwei Jahrzehnte nach dem Ende der Bipolarität begann die Erosion der Unipolarität.

Währenddessen ist den USA in China ein ernstzunehmender Konkurrent mit globalem Anspruch erwachsen. Das hat, seitdem China überaus selbstbewusst und energisch auftritt, zu einem

neuen Entwurf der Weltordnung geführt, bei dem manche schon davon sprachen, auf das amerikanische werde ein chinesisches Zeitalter folgen. Des Weiteren ist an die Stelle einer politisch saturierten Sowjetunion, bis 1989/90 der Gegenpol des Westens in einer auf Stabilität angelegten Weltordnung, ein revisionistisches Russland getreten, das die territoriale Souveränität einiger seiner Nachbarstaaten in Frage stellt, also nicht auf Bewahrung, sondern auf Veränderung aus ist. Die Vorstellung, man könne «Frieden schaffen mit immer weniger Waffen», ist infolgedessen zerbröseln und fortgespült worden wie eine Sandburg am Strand.

Derweil sucht die Europäische Union nach ihrer Rolle unter den sich formierenden Weltmächten. Für sie gilt, was man einst von der Bundesrepublik Deutschland gesagt hat: wirtschaftlich ein Riese, politisch ein Zwerg. Die Europäer – und keineswegs nur die Deutschen – waren nach dem Ende des Ost-West-Konflikts davon überzeugt, dass ihrem Projekt, Frieden wesentlich mit wirtschaftlichen Mitteln zu schaffen, die Zukunft gehöre. Das kam dem Portfolio der Machtsorten, über das die Europäer verfügten, durchaus entgegen. Vermutlich hat man in Europa auch darum so lange an dieser Vorstellung festgehalten, weil darin ein ethisch attraktiver Weltordnungsentwurf mit einer herausgehobenen Stellung der Europäer zusammenfiel, einer Position zumal, deren Behauptung keine großen Kosten verursachte und sich politisch weithin risikolos ausnahm. Inzwischen müssen sich die Europäer freilich sputen, den Rückstand im Bereich der militärischen Macht, den sie sich dabei eingehandelt haben, möglichst schnell aufzuholen. Es geht um die Frage, ob Europa beziehungsweise die Europäische Union in der sich herausbildenden Weltordnung ein relevanter Akteur oder eine *quantité négligeable*, eine vernachlässigbare Größe, sein wird.

Viele sprechen angesichts dieser Entwicklung inzwischen von der *Weltunordnung*. Das klingt alarmistisch, hat einen durchweg nervösen Grundton und signalisiert, man müsse möglichst schnell aus

diesem Zustand wieder herauskommen – ohne dass man sagen kann, wie das erfolgen soll. Das nimmt die zunächst besorgte und seit dem 24. Februar 2022 aufgeregte Stimmung in der deutschen Gesellschaft auf. Die Unordnung, von der die Rede ist, bemisst sich an der Vorstellung einer Weltfriedensordnung, die durch die Herrschaft des Rechts und die Ausbreitung globalen Wohlstands gekennzeichnet sein sollte. Daran gemessen handelt es sich tatsächlich um eine große Unordnung. Die nachfolgend entwickelten Vorstellungen gehen jedoch in eine andere Richtung: Wir haben es, so die Grundthese, mit einem Wandel der Weltordnung zu tun, wie er eigentlich immer wieder stattgefunden hat, in der Vergangenheit über längere Zeitstrecken, seit dem 20. Jahrhundert jedoch immer schneller. So findet das, was sich früher nur im Zeitraffer beobachten ließ, nunmehr in Echtzeit vor unseren Augen statt. Das ist beunruhigend. Darin wiederholt sich hinsichtlich der globalen Ordnung, was ein durchgängiges Signum der modernen Welt ist: eine umfassende Beschleunigung der Veränderung, die zeitweilig als Fortschritt, als Annäherung an ein normativ ausgemaltes Ziel der Geschichte, beschrieben worden ist – und nunmehr als Balancieren am Abgrund wahrgenommen wird. Von daher könnte man zu dem Schluss kommen, das Fortschrittsnarrativ, das in den letzten Jahrzehnten auch die Theorie der Internationalen Beziehungen dominiert hat, habe wie ein starkes Beruhigungsmittel gewirkt, indem es die sich beschleunigenden Veränderungen als Verwirklichung eines großen Friedensprojekts erzählt hat. Haben wir uns in der Vergangenheit die Entwicklung schönegeredet und darüber versäumt, uns auf die durchaus abzusehenden Herausforderungen vorzubereiten? Sind vor allem die Europäer in die Falle eines weltpolitischen Biedermeier gegangen?

Was sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts über zwei bis drei Jahrzehnte als Schritt für Schritt erfolgreicher Ordnungsgewinn ausgenommen hat, ist für die meisten inzwischen zum Einbruch des Chaos in eine vormals *wenigstens ansatzweise* geordnete Welt



geworden. Danach ist es die Aushebelung des Fortschrittsnarrativs durch gegenläufige Entwicklungen, die den Begriff «Unordnung» zum vorherrschenden Klassifikationsbegriff gemacht hat. Auch das ist nicht ungewöhnlich, stehen sich doch seit der Aufklärung, spätestens seit der Französischen Revolution, Fortschrittliche und Konservative mit unterschiedlichen Bewertungen der allgemeinen Entwicklung gegenüber. Dabei kamen sie in der Regel zu einem Gesamturteil, in dem sie die Veränderungen *insgesamt* als entweder gut oder schlecht bewertet haben. Man war in jedweder Hinsicht politisch ein Parteigänger der Veränderung, die man als Fortschritt ansah, oder stand auf Seiten der Beharrung und Bewahrung, war also konservativ. Das ist heute kaum noch der Fall, denn die Bewertung von Veränderungen geht wild durcheinander. Auch das spielt beim vorherrschenden Eindruck der Weltunordnung eine Rolle: So mancher, der die Veränderungen im gesellschaftlichen Mikrobereich durchgehend begrüßt, wünscht sich beim Blick auf die internationale Ordnung die stabilen und übersichtlichen Konstellationen der Bipolarität zurück. Andere dagegen, die auf die programmatische Formel «Frieden schaffen mit immer weniger Waffen» gesetzt haben, beobachten die lebensweltlichen Neuerungen mit Misstrauen und Unbehagen.

Wenn sich die geschichtsphilosophisch grundierten Orientierungsmuster mit den entgegengesetzten Polen des Konservatismus und der Progressivität bei der Beurteilung politischer und sozialer Entwicklungen auflösen, wird der sich beschleunigende Wandel unübersichtlich, und für viele wird er zu Tumult und Aufruhr. Querdenker-Gruppierungen, wie sie zuvor als Opponenten der staatlich verordneten Corona-Schutzmaßnahmen hervorgetreten sind, lassen sich nun auch im Hinblick auf die veränderte Weltlage beobachten. Das alte Muster der politischen Sortierung nach rechts, links und Mitte hat viel von seiner Aussagekraft eingebüßt. So kommen der beschleunigte Wandel der Weltordnung und die Erosion der Bewertungsmuster zusammen; die Folge ist die Wahrnehmung

einer «Welt in Aufruhr». Was daran tatsächlich «Aufruhr» ist und was auf eine sich verändernde «Ordnung der Mächte» hinausläuft, soll nachfolgend untersucht werden. Es sind diese einander entgegengesetzten Perspektiven, die im Titel des Buches annonciert werden: der Rückfall in eine «Anarchie der Staatenwelt» und die Herausbildung einer neuen «Ordnung der Mächte» in den globalen Verhältnissen.

Die Beschleunigung des weltpolitischen Wandels, die sich immer schneller vollziehende Veränderung der Weltordnung, ist nicht zuletzt die Folge einer *Raumrevolution*, die sich in den letzten Jahrzehnten vollzogen hat. In deren Verlauf ist es zu einer «Raumschrumpfung» in Verbindung mit einer «Zeitschrumpfung» gekommen: Die Entfernungen sind infolge schnellerer Verkehrsmittel, ihrer dichteren Vertaktung und der sich tendenziell in Echtzeit verbreitenden Informationen über Krisen und Katastrophen am «anderen Ende der Welt» in der allgemeinen Wahrnehmung immer kleiner geworden, so dass uns Nachrichten aus geographischen Räumen bedrängen, die frühere Generationen entweder gar nicht erreichten oder weithin kaltgelassen haben, weil sie erst spät eintrafen und man davon ausging, dass man mit so weit entfernten Krisen und Katastrophen nichts zu tun hatte.

Das Gespräch der beiden Frankfurter in Goethes *Faust*, immerhin Bürger einer Handelsstadt mit internationalen Wirtschaftskontakten, deren Geschäfte auf einen zügigen Informationsfluss angewiesen waren, ist heutzutage nicht mehr denkbar: «Nichts Bessers weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen / Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei, / Wenn hinten, weit, in der Türkei, / Die Völker aufeinander schlagen. / Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus / Und sieht den Fluss hinab die bunten Schiffe gleiten; / Dann kehrt man abends froh nach Haus, / Und segnet Fried und Friedenszeiten.» – Worauf der andere Frankfurter ergänzt: «Herr Nachbar, ja! so lass ich's auch geschehn, / Sie mögen sich die Köpfe spalten, / Mag alles durcheinander gehn; / Doch nur zu Hause bleib's

beim Alten.» – Ganz selbstverständlich gehen die beiden davon aus, dass der Tumult und Aufruhr der Welt ihr ruhiges Leben nicht beeinträchtigt und sie in der Sicherheit ihres Hauses die ebenso neugierigen wie gelassenen Beobachter des Weltgeschehens bleiben können. Ein paar Jahrzehnte später, mit dem Ende der Biedermeierzeit, hätte man die beiden als «Philister» bezeichnet, ein der Studentensprache entnommener Begriff, der eine abgründige Distanz der auf Veränderung Bedachten gegenüber dem Spießertum der beiden Osterspaziergänger zum Ausdruck brachte.

Seit längerem schon ist ein Gespräch wie das der beiden Frankfurter nicht mehr vorstellbar – auch wenn der Wunsch, wieder so denken und empfinden zu können, die Grundstimmung der «neuen Friedensbewegung» in Deutschland insgeheim prägen dürfte. Das allgegenwärtige Wissen um Kriege und Katastrophen in der Welt führt freilich dazu, dass manches, was über kurze Zeit für helle Aufregung sorgt, rasch wieder in den Hintergrund tritt und vergessen wird. Die schlechten Nachrichten überlappen und überlagern sich, und was zuunterst zu liegen kommt, spielt schon bald keine Rolle mehr. Was als Erinnerung zurückbleibt, ist das Bedrohliche und Erschreckende, das dafür sorgt, dass Ängste und Sorgen ins allgemeine Bewusstsein Einzug halten. Die Dauerpräsenz des Schrecklichen in der Welt hat eine Atmosphäre des Bedrohtseins entstehen lassen, die von den Demoskopen Woche für Woche abgefragt und abgebildet wird. Und die Dauerpräsenz von Ängsten und Sorgen wiederum ist in den demokratischen Gesellschaften, die für kommunikative Interventionen von außen offen sind, zum Resonanzboden für autoritäre Despoten geworden; deren Interesse ist, diese Ängste mit Warnungen und Drohungen zu bespielen, sie noch einmal zu steigern, um so ihre politischen Ziele leichter durchsetzen zu können. Was unter diesen Umständen dahinschmilzt, ist die Fähigkeit, strategisch zu denken und zu handeln. Die erwähnte «Zeitschrumpfung» greift um sich, und das Denken der Menschen wird beherrscht von den Eindrücken des Augenblicks. Das wie-

derum spielt denen in die Hände, die langfristige Pläne verfolgen, eben den Despoten und Autokraten.

In solchen Konstellationen ist ein Blick in die Geschichte hilfreich, die Geschichte der Weltordnungen, der Imperien und Staatensysteme, aber auch in die Geschichte der reflektierten Auseinandersetzung mit diesen Ordnungen, ihrer Entstehung wie ihrem Zerfall; dazu ein Blick auf geopolitische Entwürfe, die zumeist vorausschauend und imperativisch angelegt sind, und auf historische Analysen, die im Rückblick Zerfall und Scheitern erklären wollen. Darum wird es in diesem Buch über weite Strecken gehen. Dieser Blick ist, wenn man so will, das Gegenteil dessen, was hier als «Raum- und Zeitschrumpfung» bezeichnet wird: Er stellt so etwas wie eine «Raumdehnung» aufgrund einer «Zeitdehnung» dar, die uns den Wandel von Weltordnungen gleichsam in Zeitlupe beobachten lässt; obendrein hat das den Vorteil, dass wir das, was sich in unserer Gegenwart im globalen Rahmen abspielt, in begrenzten Räumen mit einem sehr viel niedrigeren Interferenzniveau in Ruhe, ohne Aufgeregtheit oder Nervosität, studieren können. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte soll also dazu dienen, den Blick für die gegenwärtigen Entwicklungen und Verwerfungen zu schärfen und ihn mit politischer Urteilskraft auszustatten. Denn das Beobachten von Ähnlichkeiten und Differenzen zwischen Gegenwart und Vergangenheit kann es ermöglichen, Zukünftiges zu antizipieren.

Der gegen ein solches Verfahren immer wieder erhobene Einwand, dass das, womit wir es jetzt zu tun haben, etwas grundlegend anderes sei als das, was man in der Vergangenheit beobachten könne, verwickelt sich in einen Widerspruch, weil er die prinzipielle Unähnlichkeit von Vergangenheit und Gegenwart ja nur geltend machen kann, nachdem er sich zuvor selbst auf das Verfahren des Vergleichs eingelassen hat. Deswegen lässt sich die Frage, ob wir aus der Geschichte lernen können und, wenn ja, was wir daraus lernen,

nicht allgemein und abstrakt, sondern nur konkret und im Hinblick auf bestimmte Aussagen beantworten. Dabei ist immer im Auge zu behalten, dass es bei Ähnlichkeit und Differenz «nur» um Plausibilität geht und nicht um eine exakte Kongruenz zwischen Vergangenen, Gegenwärtigem und Zukünftigem. Zweck dessen ist, wie gesagt, die Erarbeitung von Urteilkraft, die durchaus auf wissenschaftlichem Wissen beruht, aber mit diesem nicht identisch ist. Der Vergleich ist keine Gleichsetzung, sondern die Nutzung von Ähnlichkeit und Unterschied, um sich des eigenen Standpunkts zu vergewissern. Wir vergleichen permanent, sind uns dessen aber nicht bewusst, reflektieren die Vergleiche nicht – und neigen deswegen zu Gleichsetzungen, die gefährliche Simplifikationen enthalten. Gegen diese Gefahr ist die hier gepflegte Sorgfalt des historischen Vergleichens gerichtet. Vor allem aber schützt der Blick in die Vergangenheit davor, sich bei den Überlegungen zu einer neuen Weltordnung in Wünschbarkeiten zu verlieren, wie das in den letzten drei Jahrzehnten der Fall war. Die Rückversicherung bei der Geschichte ist so etwas wie eine «Erdung» des Blicks in die Zukunft.

Bei der Beschäftigung mit den geographischen Räumen, die den Blick in die Geschichte ergänzt und erweitert, werden die diversen Akteure bei der Errichtung und Zerstörung von «Weltordnungen» sichtbar. Darüber stellt sich die Frage, wie sich historische Konstellationen und große Persönlichkeiten beziehungsweise theoretische Modelle und geschichtsmächtige Akteure zueinander verhalten: Werden Herrscher und Politiker zu großen Persönlichkeiten, weil ihre Problemwahrnehmung und Handlungsfähigkeit mit den Konstellationen, in denen sie tätig werden, zusammenstimmen – was heißt, dass der Weg zu historischer Größe mit Zufällen und Unwägbarkeiten gepflastert ist –, oder schaffen große Politiker erst die Konstellationen, derer sie bedürfen, um ihren politischen Gestaltungswillen zur Geltung zu bringen? Im Grundsatz ist das eine Frage, die sich für die Geschichtsbetrachtung immer wieder gestellt hat und die je nach vorherrschenden Methoden und Erwartungen

des Publikums in die eine wie die andere Richtung beantwortet wurde. In dieser Allgemeinheit gestellt, handelt es sich um eine Frage, die auf den Methodenkanon der Geschichtswissenschaft und die Selbstreflexivität der Historiker abzielt. In diesem strengen Sinn ist sie hier nur von beiläufiger Relevanz.

Was sie für das Thema eines Wandels der Weltordnung jedoch bedeutsam macht, ist der Umstand, dass Herrschern und Politikern, die ihrem Land einen herausgehobenen Platz verschafft oder an der Um- und Ausgestaltung der internationalen Mächteordnung führend mitgewirkt haben, von der Historiographie gern das Epitheton «der» oder «die Große» verliehen worden ist: Alexander der Große hat im buchstäblichen Sinn ein Weltreich zusammenerobert; Karl der Große hat eine die germanischen *regna* übergreifende Ordnung geschaffen und im Zusammenwirken mit Papst Leo III. das Römische Reich im Westen Europas erneuert; Zar Peter der Große hat Russland zu einer europäischen Macht gemacht, und Zarin Katharina die Große hat weite Gebiete im Süden des Reichs dazugewonnen und Russland dem Osmanischen Reich gegenüber politisch-militärische Dominanz verschafft; Friedrich der Große wiederum hat Preußen durch seine Eroberungen und deren erfolgreiche Verteidigung in einem langen Krieg zu einer europäischen Großmacht gemacht. Wer Weltordnungen oder die Ordnung der Mächte aufbaut oder verändert, erwirbt dadurch offenbar den Anspruch, «der» oder «die Große» genannt zu werden.

Das hat bei Herrschern und Politikern einen Drang hervorgebracht, «in die Geschichtsbücher einzugehen», hat also erheblichen Einfluss auf ihr Handeln – zumindest bei jenen, die sich nicht mit einem Platz in der Galerie der bloß aufeinanderfolgenden Könige, Kanzler und Premierminister begnügen wollen, sondern eine herausgehobene Position und eine die anderen deutlich überstrahlende Sichtbarkeit erstreben. Das wird vor allem dann relevant, wenn ein Politiker in der Gefahr steht, nur ein weiteres Glied in der Geschichte des Niedergangs einer vormaligen Großmacht zu sein.

Bei einigen der sonst nur schwer nachvollziehbaren Entscheidungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin dürfte das die ausschlaggebende Rolle gespielt haben. Man kann darum die handelnden Akteure beim Um- und Ausbau von Weltordnungen nicht in Modellen und Konstellationen verschwinden lassen, aber man sollte ihnen auch nicht die alles überragende Gestaltungsmacht attestieren, wie das in Biographien und Memoiren oft der Fall ist.

Politische Akteure sind umgeben von Helfern und Beratern, die in der einen oder anderen Weise auf ihre Entschlüsse einwirken und ohne deren Unterstützung sie ihre Entscheidungen nicht in operative Politik umsetzen können. Die Ratschläge und Empfehlungen der Entourage kommen indes nicht aus dem luftleeren Raum, sondern sind durch die in der Gesellschaft oder einem politischen Raum zirkulierenden Ideen und Narrative geprägt. Sie spielen auch bei der Übernahme von Vorschlägen durch den politischen Entscheider eine wichtige Rolle. Anstatt über Psychogramme der Mächtigen zu spekulieren, werde ich hier versuchen, den vorherrschenden Narrativen und geopolitischen Entwürfen nachzugehen, deren implizite Imperative zu dechiffrieren und alternative Optionen zu erkunden, um auf diese Weise nicht nur getroffene Entscheidungen zu erklären, sondern auch die Spannweite möglicher Entschlüsse in der Zukunft zu antizipieren. Den identitätsstiftenden Narrativen eines politischen Raumes messe ich darum eine größere Rolle bei, als das sonst in politischen Studien üblich ist.

Was nun den tatsächlichen Einfluss von Helfern und Beratern auf einen politischen Entscheider anlangt, so ist bei dessen Beurteilung das «Gesetz einer progredierenden Verdummung von Autokraten» zu beachten. Analog zu der von dem antiken Historiker Xenophon im Dialog *Hieron* aufgeworfenen Frage, ob ein Tyrann Freunde haben könne, da die Grundlage seiner Herrschaft doch generalisiertes Misstrauen sei, stellt sich hier die Frage: Wie viel Vertrauen kann ein Autokrat, der sich von Konkurrenten um die Macht umgeben weiß, zu seinen Beratern haben, beziehungsweise wie lange haben

diese den Mut, den allmächtigen Politiker mit dem ihnen verfügbaren Wissen zu versorgen? Oder teilen sie ihm nur noch das mit, wovon sie glauben, dass es seinen Vorstellungen entspricht und er es hören will? Das wiederum ist ein großer Vorzug demokratischer Rechtsstaaten gegenüber Autokratien: dass die Berater vor dem Beratenen keine Angst haben müssen. Sie können sich zwar unbeliebt machen und aus dem Kreis der Berater entfernt werden, aber sie müssen nicht um ihre Freiheit und ihr Leben bangen, wenn sie schlechte Nachrichten überbringen oder den Vorstellungen der Mächtigen widersprechen. Das ist mit Blick auf den sich herausbildenden weltpolitischen Gegensatz von demokratischen Ordnungen und autokratischen Regimen festzuhalten: Autokraten haben Vorteile bei der Entwicklung langfristig angelegter Strategien; Demokratien sind im Vorteil, wenn es darum geht, die Vor- und Nachteile, Chancen und Risiken solcher Strategien abzuwägen.

Selbstverständlich wird es im Folgenden auch um Werte und Normen gehen sowie um zwischenstaatliche Regeln und internationales Recht, was freilich immer in Verbindung mit der Frage steht, wer bereit und in der Lage ist, Recht und Regeln durchzusetzen. Das vielleicht größte Defizit in der Vorstellung, es solle, ja müsse möglich sein, Frieden zu schaffen mit immer weniger Waffen, war die stillschweigende Unterstellung, es genüge, Regeln aufzustellen und Werte für verbindlich zu erklären, ohne die Frage zu beantworten, wer denn der «Hüter» dieser Werte und Regeln sei. Der häufig zu hörende Hinweis auf die Vereinten Nationen war kaum zufriedenstellend, denn die Vereinten Nationen waren für diese Aufgabe unzureichend ausgestattet beziehungsweise blockierten sich selbst, sobald sie mit größeren und politisch kontroversen Herausforderungen konfrontiert wurden. Man müsse sie eben reformieren und ertüchtigen, war die Antwort, die nicht zur Kenntnis nahm, dass die Selbstblockade der Weltorganisation auch und gerade für die immer wieder angemahnten Reformen gilt. Stattdessen wurden dem



normativ angelegten Weltordnungsentwurf immer anspruchsvollere Werte und striktere Regeln aufgesattelt, während gleichzeitig die permanenten Verstöße dagegen unsanktioniert blieben. Sieht man genauer hin, so war der mit dem Rückzug des Westens aus Afghanistan und dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine gescheiterte normative Weltordnungsentwurf selbst eine Form struktureller Unordnung: Die Schere zwischen Wertevorgabe und Regelbindung auf der einen und ihrer tatsächlichen Durchsetzung gegen Werteverächter und Regelbrecher auf der anderen Seite öffnete sich immer weiter, und man konnte nicht erkennen, wie und wann sie sich schließen würde.

Das heißt nicht, dass die im Entstehen befindliche neue Weltordnung eine ohne Regeln und Werte wäre. Aber die in ihr geltenden Regeln werden weniger sein und eine geringere Tiefe haben, und vor allem wird es sich bei ihnen nicht um Einforderungen von Nicht-regierungsorganisationen handeln, sondern um Verabredungen und Verträge zwischen den großen Mächten, den dominierenden Akteuren dieser Ordnung. Das dürfte in ähnlicher Form auch für die in Anschlag gebrachten Werte gelten – wohlgemerkt: für Werte und Regeln im globalen Maßstab, nicht für Werte und Regeln im Einflussbereich der jeweiligen großen Mächte. Im Innenraum der Mächte freilich werden die Werte und Regeln zur Anwendung kommen, die ihre politische Identität ausmachen, und das werden in der demokratischen Welt andere sein als in den autoritären Systemen. Dabei ist nicht auszuschließen, dass die Werte und Normen innerhalb der demokratischen wie der autoritären Ordnungen eine gewisse Bandbreite aufweisen. Und sie werden sich im reichen Norden von denen der in Armut und Elend verharrenden Regionen des globalen Südens unterscheiden. Das heißt dann aber auch, dass der «Westen», wer immer dazugehören mag, den globalen Geltungsanspruch seiner Werte und Normen einschränkt und sich stattdessen wesentlich auf sein eigenes Territorium konzentriert.

Das ist realistisch, weil der Westen diese Werte und Normen

gegen seine großen Konkurrenten und Widersacher ohnehin nicht durchsetzen kann und ihm die Aufrechterhaltung ihres Geltungsanspruchs Probleme machen wird, sobald es um die Festlegung von Regeln im Verhältnis der großen Mächte zueinander geht. Je weniger von Werten die Rede ist, desto leichter werden sich Regeln im Umgang der großen Mächte miteinander festlegen lassen. Man muss sich also entscheiden, was einem wichtiger ist: das folgenlose Geltendmachen von Werten oder die Verständigung auf verbindliche Regeln. Auch im Umgang mit schwächeren Akteuren, den Staaten der weltpolitisch zweiten und dritten Reihe, dürfte es ratsam sein, normativ zurückhaltend aufzutreten, um sie nicht ins Lager der Autokraten zu treiben. Das politische Ringen um die Unterstützung und Parteinahme dieser zweiten und dritten Reihe hat seit dem russischen Angriff auf die Ukraine begonnen, und es wird nicht enden, auch wenn der Krieg vorbei sein wird.

Im Ergebnis wird das darauf hinauslaufen, dass geopolitische Aspekte gegenüber wertepolitischen Vorstellungen an Gewicht gewinnen – nicht innerhalb der Binnenstrukturen der großen Akteure, aber im Verhältnis zwischen ihnen und im Umgang mit der zweiten und dritten Reihe der weltpolitisch relevanten Mächte. Einen Vorgeschmack darauf bietet das Hofieren der arabischen Erdöl- und Erdgaslieferanten, das nach Reduzierung der Lieferungen aus Russland einsetzte, um die Versorgung der Europäer sicherzustellen. Mit einem Mal traten die Menschenrechtsfragen, die im gegenseitigen Verhältnis im Vordergrund gestanden hatten, wieder zurück, und man verständigte sich darauf, sie, wenn überhaupt, hinter verschlossenen Türen zu besprechen. Man wird davon ausgehen können, dass diese Form des Umgangs mit Wert- und Normfragen Schule machen wird. Dass sich Geopolitik im Konfliktfall gegen Wertbindung durchsetzt, ist eigentlich nichts Neues; bei einem Gang durch die Geschichte lassen sich dafür zahllose Beispiele finden. Davon wird nachfolgend häufiger die Rede sein.

Bleibt noch die Frage, wie viele große Akteure die derzeit ent-

stehende Weltordnung prägen und sich dabei gegenseitig als solche anerkennen werden. Man kann den russischen Angriff auf die Ukraine zum Zweck ihrer Einverleibung in die Russländische Föderation als Ausdruck der russischen Angst deuten, trotz der weiterhin vorhandenen Atomwaffen und Trägersysteme nicht oder nur *gerade noch* zu diesen Großen zu gehören. Das hat mit dem relativen Bedeutungsverlust militärischer gegenüber wirtschaftlicher Macht zu tun. In einer Welt der Kooperation spielten Nuklearwaffen keine sonderliche Rolle. Das ist in einer Welt der Konflikte und Kriege anders. Im Hinblick auf die im Entstehen begriffene Weltordnung ist die russische Führung an einer Umgewichtung der Machtsorten interessiert. Dazu gehört auch eine Politik der Destruktion, die Russland seit längerem der EU gegenüber betreibt, mit dem Ziel, die Europäer nicht zu einem eigenständigen und handlungsmächtigen Akteur werden zu lassen, sondern sie gegeneinander auszuspielen, zu schwächen und einige Mitgliedstaaten in den eigenen Einflussbereich zu ziehen. Wäre diese Politik erfolgreich, so würden es drei große Mächte sein, die die Weltordnung bestimmen: China, die USA und Russland.

In milderer Form hat sich eine die Europäer schwächende Linie auch in der US-amerikanischen Politik bei dem früheren Verteidigungsminister Donald Rumsfeld beobachten lassen, als er ein von ihm so genanntes «neues Europa» gegen das «alte Europa» ausspielte, und des Weiteren in den Jahren der Präsidentschaft Donald J. Trumps, der mehrfach bekundete, ihm komme ein politisch handlungsfähiges Europa nicht gelegen. Offenbar setzte auch Trump auf eine Weltordnung der Drei, wobei er eine Koalition der USA mit Russland gegen China präferierte. Dieses Projekt ist auf ganzer Linie gescheitert; unter Präsident Joe Biden werden die Europäer wieder als ein verbündeter, aber doch eigenständiger Akteur behandelt. Das könnte auf ein System der Fünf hinauslaufen: neben den USA, China und Russland also noch die EU und Indien. Davon wird im letzten Kapitel ausführlich die Rede sein. Wie auch immer –

die Europäer werden sich erheblich anstrengen müssen, um dem kleinen Kreis der die Weltordnung dominierenden Akteure anzugehören, und das heißt, dass sie sich aus einem Regelgeber und -bewirtschafter in eine politisch handlungsfähige Macht verwandeln müssen. Ob sie das schaffen, wird sich wohl noch in diesem Jahrzehnt entscheiden.

Es ist ein in jeder Hinsicht riskantes Projekt, auf das ich mich beim Blick auf die Mächteordnung des 21. Jahrhunderts eingelassen habe. Es wäre weniger riskant, hätte ich die Wünschbarkeiten aufgeschrieben, die zwar an der tatsächlichen Entwicklung zerschellen können, deren normativer Anspruch dadurch aber nur begrenzt in Mitleidenschaft gezogen wird. Die Antizipation eines Prozesses ist erheblich verwundbarer, dafür aber politisch sehr viel nötiger als eine weitere Runde von Wünschen und Hoffnungen, bei denen man zum Zeitpunkt der Niederschrift schon weiß, dass sie nicht in Erfüllung gehen werden. In dem paradoxen Sinn der beiden vorangestellten Mottos von Malraux und Marx dient darum die ständige Rückversicherung bei Früherem als Gegengewicht zum Hinauslehnen in eine mit vielen Fragezeichen versehene Zukunft.



